



Offener Brief: Transparenz von Unternehmensaktivitäten

Berlin, 25. Oktober 2012

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir wenden uns heute an Sie, um auf den **dringenden Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Transparenz von Unternehmensaktivitäten** hinzuweisen, wie sie vor einem Jahr von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde.

Immer wieder kann es passieren, dass Unternehmen Menschen- und Arbeitsrechte verletzen oder zu Umweltverschmutzungen beitragen. Verbraucherinnen und Verbraucher, Investoren und die Öffentlichkeit erfahren davon in der Regel wenig. Jüngstes Beispiel ist der Brand in einer pakistanischen Textilfabrik, bei dem über 250 Menschen starben. Erst durch Recherchen und Nachfragen von Nichtregierungsorganisationen stellte sich heraus, dass diese Fabrik auch für den deutschen Discounter Kik produzierte. Ohne Nachfragen hätte Kik diese Informationen nicht veröffentlicht. Weiterhin fehlen Informationen, ob in weiteren Textilfabriken, die für den europäischen Markt produzieren, ähnliche Zustände herrschen wie in der pakistanischen Katastrophenfabrik. Ebenso wenig wie in der Bekleidungsbranche sind die Bedingungen in den Lieferketten des Lebensmitteleinzelhandels, der IT-Branche und anderen Sektoren transparent und nachvollziehbar.

CSR-Mitteilung der Europäischen Kommission

Heute vor einem Jahr, am 25. Oktober 2011, hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)“ (KOM(2011) 681) veröffentlicht. Darin wiederholt die Kommission ihre Ankündigung aus der Binnenmarktakte, einen Vorschlag für eine Rechtsvorschrift über die Transparenz der sozialen und ökologischen Informationen zu präsentieren, die von Unternehmen aller Branchen bereitgestellt werden sollen.

Die Europäische Kommission plant diese Rechtsvorschrift, um für alle europäischen Unternehmen die gleichen Ausgangsbedingungen zu schaffen. Wir halten die Schaffung von Transparenz für ein wichtiges Element, um mögliche Schäden durch Unternehmensaktivitäten zu vermeiden. Eine solche verbindliche Offenlegungspflicht kann auch Anreize für Unternehmen geben, positive Verhaltensänderungen vorzunehmen und möglichen Schaden zu vermeiden. Verbrauchern, Anlegern und Behörden würde eine Transparenzpflicht zudem ermöglichen, die relevanten Markt- und Produktionsinformationen zu erhalten, um auf dieser Basis Unternehmen nach ihrem Verhalten in

Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes zu vergleichen und daraufhin ethische Kauf-, Anlage- oder Vergabeentscheidungen treffen zu können.

Nach den uns vorliegenden Informationen aus der Europäischen Kommission sowie aus dem Europäischen Parlament wird diese europäische Transparenz-Initiative bislang vor allem von der Bundesregierung blockiert. Dies ist ein wesentlicher Grund, weshalb sich der europäische Richtlinienvorschlag seit Monaten verzögert.

Das dabei vorgebrachte Argument, dass diese Offenlegungspflicht vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine besondere bürokratische Last darstelle, ist nicht stichhaltig, da die Kommission in ihrer Folgenabschätzung auch einen KMU-Test durchführt und Ausnahmeregelungen für diese Betriebe erwägt.

Transparenz Jetzt!

Frau Bundeskanzlerin, die Ankündigung der EU zur Verbesserung der Transparenz bei Unternehmen ist genau ein Jahr her. Es ist höchste Zeit, dass dieser Ankündigung nun auch konkrete Schritte folgen. Wir bitten Sie, auf das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie einzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass Deutschland diese wichtige Initiative nicht länger bremst, sondern zukünftig konstruktiv vorantreibt.

Auch Tausende von Verbraucherinnen und Verbrauchern unterstützen unser Anliegen nach mehr Transparenz. Sie haben den Appell „**Transparenz Jetzt! Für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung**“ der Supermarkt-Initiative und des CorA-Netzwerkes unterzeichnet. Diesen Appell und die Unterschriften schicken wir Ihnen im Anhang.

Bitte informieren Sie uns über die Schritte, die Sie in dieser Angelegenheit unternehmen werden. Über ein Gespräch mit den Verantwortlichen der zuständigen Ministerien Ihrer Regierung würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,



Marion Lieser,
Geschäftsführerin Oxfam
Deutschland



Thomas Krämer,
Geschäftsführer Christliche
Initiative Romero (CIR)



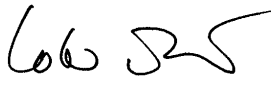
Gisela Burekhardt,
Vorstandsvorsitzende
FEMNET



Klaus Milke,
Vorstandsvorsitzender
Germanwatch



Arndt von Massenbach,
Geschäftsführer INKOTA-
Netzwerk



Lothar Elsner,
Vorstandsvorsitzender
Werkstatt Ökonomie



Guido Strack, erster
Vorsitzender
Whistleblower Netzwerk

Kopie an: BMAS (Referat Aza 3), BMWi (Referat I A 1)

Kontakt: Christine Pohl, Oxfam Deutschland e.V. , Tel.: 030-45306925, cpohl@oxfam.de

ANHANG:



Appell: Transparenz-Jetzt! Für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir möchten wissen, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen die Produkte hergestellt werden, die wir kaufen. Wie sollen wir als verantwortungsbewusste Verbraucher/innen eine Kaufentscheidung treffen, wenn Unternehmen nicht darüber berichten und wir keine verlässlichen Informationen über die Herstellungsbedingungen bekommen?

Egal ob Luxuskonzern oder Discounter, immer wieder sind Unternehmen verantwortlich für Hungerlöhne, unbezahlte Überstunden und Umweltschäden. Zugleich beschwören sie in ihren Hochglanzbroschüren ihre sozialen und ökologischen Werte.

Die Politik muss endlich für Transparenz sorgen! Unternehmen müssen offenlegen, wie sozial und ökologisch sie wirklich handeln. Nur gesetzlich verbindliche Regeln schaffen einen fairen Wettbewerb und sorgen dafür, dass soziale und ökologische Produktionsbedingungen sichtbar gemacht werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

1. Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform zu verpflichten,
 - Informationen zur Unternehmenspraxis in Bezug auf Arbeitnehmer- und Menschenrechte, Korruption, Lobbyaktivitäten sowie Umwelt- und Klimaschutz bei sich und ihren Lieferanten zu veröffentlichen. Zentrale Informationen zu Arbeitsbedingungen sind zum Beispiel solche zu Gewerkschafts- und Tarifrechten, Arbeitszeiten und Löhnen. Im Bereich Umwelt sind zum Beispiel Informationen über Ressourcen- und Energieverbrauch, Emissionen von Kohlendioxid und anderen gefährlichen Stoffen sowie über Abfallvermeidungskonzepte bedeutsam;
 - ihre Unternehmensstruktur, Lieferanten und Produktionsstandorte offenzulegen und die Herkunft ihrer Produkte zu kennzeichnen;
 - Angaben zu Umsätzen und Gewinnen, gezahlten Steuern, Zahl der Angestellten und bei Rohstoffunternehmen zu Mengen geförderter Rohstoffe für jedes Land offenzulegen;
2. dafür zu sorgen, dass unabhängige Stellen die veröffentlichten Informationen regelmäßig überprüfen;
3. dafür zu sorgen, dass Verstöße gegen die Offenlegungspflicht bzw. Falschinformationen mit Sanktionen belegt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

[die Unterzeichnenden]